

Schlagabtausch in Schelklingen

EBS-Kraftwerk: Zahlreiche Bürger verfolgen den Erörterungstermin des Regierungspräsidiums



Im Mittelpunkt: Regierungsdirektor Walter Reinhard leitete den Erörterungstermin in Schelklingen. Foto: Bernhard Raidt

Beim Erörterungstermin zum heftig umstrittenen EBS-Kraftwerk haben sich gestern das Landratsamt und Schelklingens Nachbargemeinden gegen die Pläne ausgesprochen. Vattenfall erwägt eine Klage.

BERNHARD RAIDT

Schelklingen Gleich mehrere Tischreihen waren gestern in der Schelklinger Stadthalle für die Experten in Sachen EBS-Kraftwerk reserviert. Zahlreiche Fachleute - darunter viele von Antragsteller Vattenfall - beugten sich beim Erörterungstermin des Regierungspräsidiums über Akten oder Computer-Monitore. Rund 300 Bürger hatten sich eingefunden, um die Veranstaltung zu verfolgen - und sie sparten nicht mit Beifall und Zwischenrufen.

Anlass dafür gab es reichlich, denn trotz der schwierigen Materie eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens war die emotionale Bedeutung des Themas häufig zu spüren. Regierungsdirektor Walter Reinhard leitete die Veranstaltung - und nannte in seiner Begrüßung einen Zeitplan: Bis Ende Mai werde das Regierungspräsidium über den Antrag zur Genehmigung des EBS-Kraftwerks entscheiden. Dazu sei es wichtig, jetzt die erhobenen Einwendungen zu erörtern, seine Behörde habe deshalb den Termin in Schelklingen für nötig erachtet.

Dieser Meinung waren längst nicht alle in der Halle. Vor allem die Vertreter des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und der Bürgerinitiative "Pro Schelklingen" zweifelten intensiv am Sinn der Veranstaltung. Zunächst stellte aber Vattenfall-Prokurist Dr. Jan Grundmann das Vorhaben näher vor - Grundmann zitierte dabei auch Landes-Umweltministerin Tanja Gönner, die eine ortsnahe Verwertung von Abfällen fordert. Danach standen lange Zeit Verfahrensfragen im Vordergrund - mehr als eine Stunde verging, bis überhaupt der erste Unterpunkt "Allgemeine Verfahrensfragen" abgehakt werden konnte. Werner Gottstein vom BUND-Landesvorstand kritisierte dabei heftig, dass erforderliche Unterlagen nicht wie vorgeschrieben beim BUND-Landesverband eingegangen waren. Gottstein forderte deswegen vehement einen Abbruch der Veranstaltung. Auch Stefan Auer von der Bürgerinitiative und der frühere Stadtrat Rudolf Graf kritisierten nicht zugesandte oder beim Auslegungstermin fehlende Unterlagen. Versammlungsleiter Reinhard konnte kein Fehlverhalten seiner Behörde erkennen und bemühte sich, den Tagesordnungspunkt zügig zu verlassen - was ihm vom BUND-Landesvorstandsmitglied Gottstein den Vorwurf einbrachte, die Sache im "Schweinsgalopp" durchziehen zu wollen.

Bei den "Trägern öffentlicher Belange" hatten auch die Bürgermeister von Allmendingen, Blaubeuren und Erbach - Robert Rewitz, Jörg Seibold und Paul Roth - Platz genommen. Alle drei sprachen sich deutlich gegen das geplante EBS-Kraftwerk aus (siehe Text unten). Schelklingens Bürgermeister Michael Knapp war nicht anwesend - er weilt, wie bereits berichtet, bei einem Besichtigungstermin in Brüssel. Für Knapp war der stellvertretende Bürgermeister Hans-Peter Eisele vor Ort.

Eine klare Aussage gab es auch von Rudi Nerlich vom Landratsamt des Alb-Donau-Kreises: Das geplante EBS-Kraftwerk sei nach Meinung des Landratsamtes im Außenbereich des Bebauungsplanes anzusiedeln. Ungeachtet dessen erachtet das Landratsamt die vom Schelklinger Gemeinderat auf den

Weg gebrachte Bauleitplanung für legitim: "Die Gemeinde will nicht verhindern, sie will steuern", sagte Nerlich zu den Planungen, die das EBS-Kraftwerk als nicht zulässig erklären. Er gehe davon aus, dass der Bebauungsplan ordnungsgemäß verabschiedet werde, sodass bald Rechtssicherheit bestehe.

Ein Experte von Vattenfall widersprach deutlich: Es sei ganz klar, dass die Gemeinde lediglich eine Verhinderungsplanung betreibe. Die vom Schelklinger Gemeinderat auf den Weg gebrachte Bauleitplanung sei als eine reine Abwehrreaktion auf den Antrag von Vattenfall anzusehen. "Da saß doch der Anwalt mit im Fahrzeug", sagte der Vattenfall-Vertreter wörtlich. Diese Bauleitplanung sei unzulässig, das alles müsse jetzt gegebenenfalls vor Gericht geklärt werden. Die Firma Vattenfall werde jedenfalls die planungsrechtliche Zulässigkeit weiter anstreben.

Ein Vertreter des Regierungspräsidiums sprach davon, dass es zwar Meinungsverschiedenheiten mit dem Landratsamt gebe, ob das geplante Vorhaben im Außen- oder Innenbereich sei. Doch das sei zweitrangig. Fakt sei, dass die Gemeinde Schelklingen das Einvernehmen zum Baugesuch des EBS-Kraftwerks versagt habe. Eine Genehmigung sei damit nicht möglich.

Angesichts dieser Rechtslage stellten die Vertreter des BUND und der Bürgerinitiative den Erörterungstermin energisch in Frage. "Verschwendung öffentlicher Gelder", sei das Ganze doch, sagte BUND-Landesvorstandsmitglied Gottstein. Seine Behörde habe sich das alles reichlich überlegt, antwortete Versammlungsleiter Reinhard.

Antragssteller Vattenfall will aber auf keinen Fall locker lassen: Dr. Jan Grundmann sagte im Gespräch mit der SÜDWEST PRESSE, dass seine Firma klagen werde, sollte das Genehmigungsverfahren nicht mehr weiter bearbeitet werden.

Weitere strittige Themen gestern waren die Qualitätskontrolle des EBS-Materials und die Immissionen (Luft, Lärm, Gerüche) des geplanten Kraftwerks. Die Kraftwerks-Gegner bezweifelten etwa die präsentierten Ausbreitungsberechnungen. Die intensive Debatte endete gestern erst um 20.45 Uhr. Der Erörterungstermin heute fortgesetzt.

Erscheinungsdatum: Donnerstag 12.02.2009
Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2009 Südwest Presse Online-Dienste GmbH
Alle Rechte vorbehalten!

[← zurück zum Artikel](#)

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)